

Medienmitteilung des Initiativkomitees vom 15. Juni 2023

Rückzug der Volksinitiative für den Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume am Bundesplatz

Die Volksinitiative für den Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume am Bundesplatz wird zurückgezogen. Dies hat das siebenköpfige Initiativkomitee einstimmig beschlossen. Der Rückzug erfolgt vor dem Hintergrund der Zustimmung von Stadtrat und Grosse Stadtrat zum Initiativbegehren.

Das Initiativkomitee hat den Rückzugsentscheid am 12. Juni 2023 einstimmig getroffen und diesen mit Schreiben vom 13. Juni der Stadtkanzlei mitgeteilt. Das Komitee zeigt sich erfreut, dass die städtische Legislative (der Grosse Stadtrat) wie zuvor die städtische Exekutive (der Stadtrat) ihr Anliegen unterstützt haben. Eine Volksabstimmung erweist sich damit als unnötig.

Die Initiative verlangt in Form einer Anregung, dass die erforderlichen Massnahmen getroffen werden, um das Areal mit dem Servicegebäude und den Linden am Bundesplatz einer öffentlichen und langfristig gesicherten Nutzung zuzuführen. Dies unter Anwendung denkmalpflegerischer sowie planungs- und zivilrechtlicher Mittel. In seinem Bericht und Antrag, in welchem der Stadtrat dem Parlament die Annahme der Initiative beantragt, zeigt der Stadtrat auf, wie dies erfolgen kann.

Aus Sicht des Stadtrates sprechen nicht nur denkmalpflegerische, sondern auch städtebauliche und ökologische Gründe für den Erhalt und die angestrebte Aufwertung des Servicegebäudes samt der kleinen Grünanlage mit den markanten Linden an diesem verkehrsorientierten Ort. Zudem belebe die beabsichtigte Schaffung eines neuen Begegnungsortes den Bundesplatz und damit das Quartier und fördere dadurch das soziale Zusammenleben.

Die konkrete Umsetzung der Initiative bereitet indessen verschiedene zu lösende Probleme: Nebst den hohen Kosten für die Verschiebung der ewl-Trafostation vor Ort in den Untergrund ist für das Gebiet an und um den Bundesplatz ein kantonales Strassenprojekt vorgesehen. Noch ist ungewiss, ob das Ensemble diesem Projekt weichen muss. Sollte dies wider Erwarten und vor Ablauf der Dauer für die Amortisation der investierten Kosten der Fall sein, wäre die Stadt bereit, den nicht amortisierten Teil zu finanzieren.

Rechtliche Basis dafür bildet ein Konzessionsvertrag. Die entsprechenden Verhandlungen zwischen den Initiantinnen und Initianten und der Stadt Luzern sind aufgenommen. Dieser wird zusammen mit dem Kreditantrag wiederum dem städtischen Parlament vorgelegt. Dies dürfte im Winterhalbjahr 2023/24 der Fall sein.

Parallel dazu wird das Baubewilligungsgesuch vorbereitet. Die entsprechenden Vorarbeiten sind seitens der privaten Initiantinnen und Initianten weit fortgeschritten, sodass die Realisierung des geplanten Café Fédéral nach längerer Unsicherheit endlich absehbar wird. Entstehen soll eine attraktive Café-Bar mit Ausschank von Getränken und kleiner Verpflegung.

Das Initiativkomitee dankt allen Beteiligten für ihren Beitrag zur positiven Aufnahme der Initiative und zur Umsetzung des geplanten Cafés.

Für das Komitee

Adrian Schmid / 076 342 39 51 / adrianschmid@bluewin.ch / www.cafe-federal.ch